

will Heilongjiang ausländischen Investoren und Fachleuten besondere Präferenzen und Anreize einräumen. (XNA, 4.4.91)

Die Provinz Jilin zählt zu den führenden Getreideproduzenten Chinas. Allein im letzten Jahr konnte die Provinz ihren Getreideoutput gegenüber dem Jahr 1989 um 5,2 Mio.t erhöhen; dies machte rund ein Drittel des gesamten Anstiegs der Getreideproduktion von 1990 aus. (XNA, 26.11.90) Aufgrund der niedrigen staatlichen Aufkaufpreise für Getreide und der hohen Subventionen für die städtischen Konsumenten hat Jilin jedoch nach Angaben des Provinzgouverneurs Wang Zhongyu mit steigender Getreideproduktion zunehmende Verluste hinnehmen müssen, die sich auf rund 100 Mio. Yuan belaufen sollen. (JJRB, 9.1.91) Auch die staatlichen Unternehmen der Provinz, die rund 70% der gesamten Unternehmen ausmachen, haben in den letzten Jahren mit einem Rückgang der Produktivität und Gewinne kämpfen müssen. Im Herbst 1990 wurden deshalb besondere Anreize für solche Wirtschaftskader geschaffen, die bereit waren, Pacht- oder Verantwortungsverträge für die Tätigkeit in rückständigen Unternehmen oder in Unternehmen abzuschließen, die ganz oder teilweise ihre Produktion einstellen mußten. (SWB, 19.10.90) Auch Jilin plant, durch Entwicklung neuer Produkte die Wirtschaft zu beleben. Vorgesehen ist beispielsweise eine Diversifizierung des Produktmix in den Bereichen Automobil-, Maschinenbau-, Chemie- und Textilindustrie, wobei auch die Kooperation mit ausländischen Investoren erreicht werden soll. (XNA, 15.1.91)

Die restriktive Wirtschaftspolitik der letzten Jahre traf die Provinz Liaoning als traditionelles Zentrum der Schwerindustrie mit einem hohen Anteil staatlicher Unternehmen besonders hart. Auch offiziell wird bestätigt, daß seit 1988 viele Arbeitskräfte ihre Beschäftigung verloren haben und daß insbesondere 1990 die schleppende Marktnachfrage und knappe Finanzmittel die wirtschaftliche Entwicklung behinderten. (XNA, 25.2.91) Zur Modernisierung der Industrieanlagen plant die Provinz in der Periode des 8.Fünfhjahresplanes, ausländischen Investoren ökonomische Anreize zur Kooperation in der Elektroniktechnik sowie in der petrochemischen und metallurgischen

Industrie zu bieten. Obwohl in den letzten fünf Jahren 1.118 Unternehmen mit ausländischem Kapital genehmigt wurden, haben jedoch nur 463 Unternehmen bisher ihren Betrieb aufgenommen. (XNA, 2.4.91) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(29)

### Änderung der provisorischen Verfassungszusatzartikel

Die Nationalversammlung hat am 22. April auf einer außerordentlichen Tagung in Taipei die 43 Jahre geltenden verfassungskräftigen "Provisorischen Artikel für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (PAPMNR) außer Kraft gesetzt und gleichzeitig die neuen "Zusatzänderungsartikel der Verfassung der Republik China" (ZVRC) verabschiedet. (LHB, 23.4.91; ZYRB, 23.4.91; FCJ, 2.5.91) Die von der Nationalversammlung zuerst 1948 in Nanjing (Nanking) verabschiedeten und dann in Taiwan mehrmals ergänzten PAPMNR haben mehrere wichtige Artikel der Verfassung von 1947 suspendiert und dem Staatspräsidenten, der gemäß der Verfassung eigentlich nur ein nominelles Amt haben soll, starke Machtbefugnisse eingeräumt. In dem neuen Paket der ZVRC wurden diese außerordentlichen Machtbefugnisse des Präsidenten nicht aufgehoben, sondern nur reduziert.

Für die Ausübung des Notverordnungsrechts z.B. brauchte der Präsident nach den alten PAPMNR keine Zustimmung des Gesetzgebungsorgan (Parlament), dagegen ist gemäß der Bestimmung von ZVRC eine nachträgliche Zustimmung des Gesetzgebungsorgan erforderlich. Mit Ausnahme der Nationalen Sicherheitskonferenz und des Nationalen Sicherheitsamts unter dem Präsidentenamt und des Personalamts unter dem Exekutivorgan verfügt der Präsident nach den neuen Zusatzverfassungsartikeln nicht mehr über das Recht, ohne Gesetzerlaß neue Regierungorgane zu bilden. Auch für die genannten drei Organe, die früher gemäß den PAPMNR per Präsidialverordnung gegründet wurden, müssen vor Ende 1993 entsprechende

Gesetze vom Gesetzgebungsorgan verabschiedet werden, sonst verlieren sie ihre Gesetzmäßigkeit. Ferner kann ein Präsident künftig nicht mehr wie früher kraft der PAPMNR unbegrenzt lange gewählt werden. Es gilt wieder Art. 47 der Verfassung, die die Amtszeit des Präsidenten auf zwei aufeinanderfolgende Perioden (insgesamt 12 Jahre) beschränkt.

Die wichtigste Änderung gegenüber den alten Verfassungszusatzartikeln sind die Bestimmungen über Wahlen der drei nationalen parlamentarischen Organe: der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontrollorgan. Bis heute sind die 1947-1948 gewählten Mitglieder der drei Häuser nicht neu gewählt worden - nur die sogenannten zusätzlichen Abgeordneten. Laut Beschluß des für Verfassungsauslegung zuständigen Rats der Hohen Richter des Gesetzgebungsorgan vom 21. Juni 1990 müssen alle vor 43 Jahren gewählten nationalen Parlamentarier bis Ende 1991 zurücktreten. Gleichzeitig wurde die Regierung aufgefordert, nach dem Rücktritt der alten Abgeordneten rechtzeitig Neuwahlen der nationalen Parlamentsorgane (erste Wahlen: 1947-1948) einschließlich eines Teils der "überregionalen" Abgeordneten, (d.h. also der Volksvertreter nicht nur für Taiwan, sondern für Gesamtchina) abzuhalten. (Ausführlich dazu s. C.a. Juni 1990, Ü 46, S. 441) Die Neuwahlen der drei erwähnten Häuser werden dementsprechend in den neuen Verfassungszusatzartikeln geregelt. Danach müssen die neue Nationalversammlung vor Ende Dezember 1991, der neue Gesetzgebungs- und der neue Kontrollorgan vor Ende Januar 1993 gewählt werden. Neben den Vertretern der einzelnen Regionen Taiwans und der Überseechinesen wird auch ein Teil der "überregionalen Abgeordneten für das Gesamtland" (China) gewählt, und zwar 80 für die Nationalversammlung, 30 für den Gesetzgebungs- und 5 für den Kontrollorgan.

Ein anderer wichtiger Unterschied zu den alten ergänzenden provisorischen Verfassungszusatzartikeln liegt in den Zielsetzungen. Die PAPMNR dienten dem Kampf gegen die kommunistische "Rebellion", dagegen sind die ZVRC für den Bedarf, wie es in der Präambel heißt, der Zeit vor der Vereinigung des Staats ausgerichtet. Ein Artikel befaßt sich auch mit neuen Gesetzen zur Re-

gelung von Rechtsfragen im Verkehr von Bürgern beider Seiten der Taiwan-Straße.

Nach dem Regierungsplan ist die Revision der provisorischen Verfassungszusatzartikel nur die erste Etappe der Verfassungsänderung. Gemäß ZVRC muß die nächste Nationalversammlung innerhalb von drei Monaten nach ihrer Wahl (also bis Ende März 1992) eine außerordentliche Tagung für die Revision des eigentlichen Verfassungstextes abhalten. -ni-

\*(30)

#### Opposition boykottiert parlamentarische Arbeit

Die Konflikte zwischen der Opposition Minjindang (MJD) und der Regierungspartei Guomindang (GMD) haben sich in der letzten Zeit verschärft. Im Gesetzgebungs Yuan waren Eklats wie heftiges Zanken, Ringen um und Hinwerfen von Mikrofonen, gegenseitiges Bespucken oder Begießen mit Tee, Schlägerei und Polizeieinsatz bei Abstimmungen buchstäblich an der Tagesordnung. Am 26. Februar d.J. verließen Regierungspolitiker unter Führung von Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) demonstrativ den Sitzungssaal, nachdem er wegen Geschäftsordnungsfragen der Opposition stundenlang nicht mit seinem Regierungsbericht hatte beginnen können. Am gleichen Tag versuchte der stellvertretende Fraktionssprecher der MJD, Wang Congsong, benzingetränkte Textilien in einem Aktenkoffer in Brand zu setzen. Am 12. März warf der MJD-Abgeordnete Chen Shuipian ein von ihm zerrissenes Dokument des neuen Sechsjahresplans dem Regierungschef an den Kopf. Die MJD, die in allen drei nationalen Parlamentsorganen, der Nationalversammlung, dem Gesetzgebungs- und dem Kontroll Yuan, eine unbedeutende Anzahl von Sitzen hat, will nach eigenen Worten durch aufsehenerregende Störungsakte die vor 43 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten und immer noch die Mehrheit bildenden Abgeordneten zum Rücktritt zwingen.

Als die Nationalversammlung vom 8. bis 24. April in Taipei die außerordentliche Plenarsitzung für die Änderung der provisorischen zusätzlichen Verfassungsartikel abhielt, erreichte der Parteienkampf seinen bisherigen Hö-

hepunkt. Die Opposition versuchte mit allen Mitteln, die Verfassungsänderung durch die betagten Deputierten zu verhindern. Am 9. April kam es auf der Tagung der Nationalversammlung zu einem großen Handgemenge. Am gleichen Tag gerieten auch die Abgeordneten des Gesetzgebungs Yuan wegen des Verfahrens der Staatshaushaltsdebatten in eine Gruppenrauferei. Am 12. April ohrfeigte der MJD-Abgeordnete Zhang Junxiong (Chang Chun-hsiung) den Präsidenten des Hauses, Liang Shurong (Liang Suyung, GMD), der daraufhin zurückschlug. Bei der Rauferei mußten zwei MJD-Abgeordnete, Lu Xiuyi (Lu Hsiu-yi) und Dai Zhenyao (Tai Chengyao), wegen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch mehrere Polizisten sollen beim Einsatz verletzt worden sein. (LHB u. CP, 9.-13.4.91; ZYRB, 10.-14.4.91; ZZ, 19.4.91)

Nach den mehrere Tage lang dauernden Krawallen haben die MJD-Abgeordneten der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs Yuan sowie zahlreicher Parlamente auf der Provinz- und Kreisebene am 15./16. April beschlossen, die parlamentarische Arbeit bis auf weiteres zu boykottieren. (LHB, 17.4.91) Am 17. April veranstaltete die Opposition eine große Massendemonstration gegen die Verfassungsänderung durch die bestehende Nationalversammlung. An der Demonstration nahmen rund 30.000 Menschen teil, 25 Studenten traten in den Hungerstreik. Doch verglichen mit den parlamentarischen Tumulten sind die Proteste auf der Straße relativ friedlich abgelaufen. (LHB u. CP, 18. u. 25.4.91; ZZ, 26.4. u. 3.5.91) Durch das Fernbleiben der oppositionellen Deputierten konnte die Nationalversammlung am 22. April die Revision der provisorischen ergänzenden Verfassungsartikel störungsfrei verabschieden. (Zum Inhalt der Verfassungsrevision s. die entsprechende Übersicht und Dokumente in diesem Heft.) -ni-

\*(31)

#### Verkehrsminister Zhang Jianbang zurückgetreten

Verkehrsminister Zhang Jianbang (Clement C.P. Chang, 62) ist infolge der Verwicklung seiner Familie in einen Finanzskandal am 24. April zurückgetreten. Laut Presseberichten

steht seine Tochter Zhang Jiayi (Flora Chia-yi Chang) in Verdacht, an einer Aktien-Scheintransaktion mit einem Gesamtvolumen von 600 Mio.NT\$ (umgerechnet rd. 22 Mio.US\$) beteiligt gewesen zu sein. Es handelt sich dabei um 5 Mio. Aktien der Firma Kuo Hua Lebensversicherung, die von der Firma Hualon am 24. Dezember des vergangenen Jahres veräußert wurden. Beide Firmen gehören zu der Familie des Geschäftstycoons Weng Daming (Weng Ta-ming), mit der die Familie Zhang seit zwei Generationen gute Beziehungen unterhält. Die Frau des Ministers, Jiang Wenzhi (Carrie Wen-tzse Chiang), ist Mitglied des Aufsichtsrats von Hualon. Die Transaktion wurde zu einem unseriös niedrigen Preis von 120 NT\$ pro Aktie abgewickelt. Zweifel bestehen auch hinsichtlich der Geldquelle von Zhangs Tochter für den Aktienwerb in der genannten Größenordnung.

Nachdem die fragwürdige Transaktion bei der Staatsanwaltschaft angezeigt und Anfang März durch die Medien bekanntgeworden war, beteuerte Minister Zhang öffentlich, es habe sich dabei um einen legalen Kauf gehandelt. Doch später behauptete die Tochter, die sich zur Zeit zur Promotion in den USA aufhält, in einem Brief an die Staatsanwaltschaft, daß sie nur ein "Rentou" (Strohmann) sei. Darauf mußte der Minister seine vorher geäußerte Angabe korrigieren und geriet dabei in Widersprüche.

Außerdem sollen Zhang Jiayi und mehrere Professoren der zur Familie Zhang gehörenden privaten Tamkang-Universität ebenfalls als Strohleute mit Hualon zusammen beim Finanzministerium die Gründung einer privaten Bank in Zhangs Heimatkreis Yilan beantragt haben. Da vermutlich Minister Zhang dahintersteckt, wurde er von der Staatsanwältin Xu Agui (Hsu Ah-kui) zur Ermittlung vorgeladen. Gleich nach dem Verhör am 24. April bat er schriftlich um seinen Rücktritt, der von Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) auch sofort angenommen wurde. In den Medien behauptete er danach, daß die Scheintransaktion der Aktien von der Kuo Hua Lebensversicherung hinter dem Rücken seiner Tochter vorgenommen worden sei. Die Firma Hualon soll also allein die Verantwortung tragen. Mit dem gemeinsamen Antrag auf Gründung der Bank hätten seine Tochter und die Professo-

ren der Tamkang-Universität der Firmengruppe Hualon helfen wollen. Seinen Rücktritt begründete er damit, daß er politisch das Kabinett nicht durch die juristisch noch nicht geklärte Angelegenheit belasten wolle.

Ferner sagte er, daß es nicht nur in der Opposition Minjindang, sondern auch in der Guomindang Leute gebe, die seinen Ruf und seine Karriere hätten ruinieren wollen. Viele glauben tatsächlich, daß die Affäre im Zusammenhang mit den Flügelkämpfen innerhalb der Guomindang stehe. Denn Tycoon Weng Daming ist Hauptgeldgeber der Minzhu Jijinhui (Stiftung für Demokratie), einer Organisation der Nichthauptströmungs(Feizhuliu)-Gruppe. Aber es ist unklar, ob Ex-Verkehrsminister Zhang auch zu dieser oder zu der Hauptströmungs(Zhuliu)-Gruppe gehört.

Nach Zhangs Rücktritt wurde das Amt des Verkehrsministers vom stellvertretenden Minister Ma Zhenfang (Ma Cheng-fang) kommissarisch besetzt. (ZYRB und LHB, 25.-27.4.91; ZZ, 3.5.91; Xinxinwen, 29.4.-5.5.91) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\* (32)

**Sino-britische Verhandlungen über Hongkongs neuen Flughafen in Sackgasse geraten**

Die britische Kolonialregierung und Beijing haben sich auch nach siebenmonatigen Verhandlungen über den Bau eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong, das 1997 an China zurückgegeben wird, noch nicht einigen können. Die letzten Gespräche zur Lösung des Problems führte der britische Außenminister Douglas Hurd bei seinem Besuch in Beijing vom 3. bis 6. April mit führenden chinesischen Politikern, einschließlich Ministerpräsident Li Peng und Parteigeneralsekretär Jiang Zemin. Zum Abschluß der Gespräche sagte er vor der Presse, daß die Meinungsverschiedenheiten beider Seiten eingengt seien; ein Durchbruch habe jedoch nicht stattgefunden. Ein Teil der Delegation bleibe deshalb für weitere Verhandlungen in Beijing. Nachdem auch bei Gesprächen am 12.

und 13. April noch immer kein Kompromiß erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen "vorläufig" unterbrochen. (DGB, 5.-11. und 14.4.91; NZZ, 7./8.4.91; SZ, 8.4.91)

In Hongkong löste dies eine Reihe von Spekulationen aus. Einerseits wurde berichtet, daß die Hongkonger Regierung auf das Bauvorhaben verzichten wolle, andererseits soll der Großbauunternehmer Gordon Wu, Besitzer von Hopewell Holdings in Hongkong, Beijing ein Alternativprojekt mit einer Investitionsveranschlagung von 60 Mrd. HK\$ angeboten haben. (FT, 15.4., 20./21. und 23./24.4.91; NfA, 26.4.91) Die Kosten des Regierungsplans für den Flughafenbau liegen bei 79 Mrd. HK\$.

Gerade die Finanzierungsfrage bildet die größte Schwierigkeit in den sino-britischen Verhandlungen. China befürchtet, daß die Briten Hongkong 1997 mit leerer Kasse hinterlassen, und die britische Kolonialregierung will keine Mitsprache Beijings in der Finanzpolitik Hongkongs vor 1997 akzeptieren. Vor Hurd's Besuch in Beijing hatten die Expertengruppen beider Seiten bereits drei Verhandlungsrunden hinter sich, und auch Gouverneur Sir David Wilson hatte im Januar d.J. bereits Gespräche mit der chinesischen Führung in Beijing geführt.

[Laut Meldung nach Redaktionsschluß sollen die sino-britischen Verhandlungen über den Flughafenbau vom 18. bis 22. Mai wieder aufgenommen werden. (DGB, 12.5.91)] -ni-

\* (33)

**Rocha Vieira neuer Gouverneur von Macau**

Am 23. April wurde General Rocha Vieira in Lissabon zum neuen Gouverneur der portugiesischen Enklave Macau vereidigt. (DGB u. XNA, 25.4.91) Seine Ernennung war am 21. März d.J. bereits bekanntgegeben worden. Sein Vorgänger, Carlos Montez Melancia, war am 27. September 1990 zurückgetreten. Bislang leitete der Minister (Secretary) für wirtschaftliche und politische Angelegenheiten von Macau, Francisco Luis Muteria Nabo, kommissarisch das Amt.

Macau geht nach der sino-portugiesischen Vereinbarung von 1987 Ende 1999 an China zurück. Auf der Verei-

digungszeremonie für den neuen Gouverneur gab der portugiesische Präsident Mario Soares der Hoffnung Ausdruck, daß Vieira in seinem Amt bis 1999 bleiben wird. Vieira, der von 1974 bis 1976 Minister für Bau und Verkehr in Macau war, ist der 127. Gouverneur der portugiesischen Enklave. -ni-